

17. Juni 2010

BUND hält Hannover Versäumnisse beim Lärmschutz vor und fordert Neuordnung des Straßenraumes mit Stärkung des Fahrradverkehrs

Der Lärmaktionsplan der Stadt Hannover weist gravierende Mängel auf. Darauf weist der BUND Region Hannover in seiner aktuellen Stellungnahme hierzu hin. „Nach der EU-Richtlinie zu Bekämpfung von Umgebungslärm hätte die Stadtverwaltung bis zum 18. Juli 2008 konkrete Schritte zur Lärminderung für Bereiche mit hoher Lärmbelastung vorlegen müssen“, erklärt Walter Feldt, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des BUND Landesverbandes. „Bis heute gibt es aber nur einen Entwurf mit wenig konkreten Maßnahmen.“ Dabei sei der Handlungsbedarf enorm. „Im Bereich vieler Hauptstraßen und Eisenbahnstrecken haben die Lärmbelastungen mit Störungen der Nachtruhe längst ein Gesundheit gefährdendes Ausmaß erreicht“, beklagt Feldt. Hier seien konkrete und wirksame Maßnahmen gefordert und keine unverbindlichen Empfehlungen. Ein weiterer Schwachpunkt des städtischen Lärmaktionsplanes: „Der Entwurf berücksichtigt nicht das Zusammenwirken vieler verschiedener Lärmquellen wie zum Beispiel Straßenlärm plus Bahnlärm, die sich zum einem die Gesundheit gefährdenden Mix aufaddieren können oder diesen noch verstärken.“ Obwohl alle öffentlichen Lärmquellen zum Umgebungslärm gehören, wurden nicht alle relevanten Lärmquellen erfasst. Damit bleibt der Lärmaktionsplan sogar hinter den Erkenntnissen des städtischen Schallimmissionsplanes aus dem Jahr 2000 zurück.

Im Mittelpunkt der Bemühungen zur Reduzierung des Umgebungslärmes muss nach Auffassung des BUND die Stärkung des nicht-motorisierten, leisen Fußgänger- und Fahrradverkehrs sein. Deshalb fordert der BUND, Straßen neu zu ordnen und mehr Verkehrsraum für den Fahrradverkehr zu schaffen. „So könnte beispielsweise der Straßenraum je zu einem Drittel für Fußgänger, für den Zweiradverkehr und für den motorisierten Verkehr aufgeteilt werden“, schlägt Sibylle Maurer-Wohlitz, BUND-Geschäftsführerin der Region Hannover, vor. Diese Neuzuweisung des Straßenraumes müsse mit baulichen Maßnahmen unterstützt werden. „Damit gehören die Fahrradfahrer wieder - gut sichtbar – auf die Straße, der motorisierte Verkehr hat nicht mehr automatisch Vorrang und von den Verkehrsteilnehmern wird mehr gegenseitige Rücksichtnahme verlangt“, erklärt „Maurer-Wohlitz“. Das erhöhe die Sicherheit im Straßenverkehr und unterstützte auch die notwendigen Verbesserungen bei zur Lärminderung, Luftreinhaltung und Klimaschutz.

Nach Auffassung des BUND sollte die im Entwurf des Lärmaktionsplans erwogene Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h zur Wahrung der Nachtruhe an lauten Hauptverkehrsstraßen nicht in den Vordergrund gestellt werden. „Dennoch kann auch diese unpopuläre Maßnahme notwendig werden“, sagt Feldt. „Das hängt von der Wirksamkeit weiterer möglicher Lärminderungsmaßnahmen in den Problembereichen ab, wo nächtlicher Straßenlärm die Nachtruhe und die Gesundheit der Anwohner beeinträchtigt.“ Neben schalldämpfenden Straßenbelägen, dem so genannten Flüsterasphalt, sollte der Verkehrsfluss an lauten Hauptstraßen wie Vahrenwalder, Marien- oder Hildesheimer Straße durch intelligente, dem Verkehrsaufkommen angepasste Ampelschaltungen im Fluss gehalten werden, „und zwar ohne dass dort dem grundsätzlich bestehenden Vorrang öffentlicher Verkehrsmittel geschadet wird“, erklärt Feldt. Maßnahmen zur Verkehrsminderung würden hier ebenfalls zu einer Lärmreduktion beitragen.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an den BUND Region Hannover: 0176-63299383 oder an Dr. Walter Feldt 0511-854385

ViSdP.: BUND Region Hannover – Sibylle.Maurer-Wohlitz@bund.net

Anlage

Vorschläge des BUND zur wirksamen Lärminderung im Stadtbereich (aus der Stellungnahme des BUND zum Lärmaktionsplan der Stadt Hannover), beispielsweise

- ein integriertes Verkehrskonzept für Stadt und Region Hannover unter besonderer Berücksichtigung aller Möglichkeiten zur Emissions - und Immissionsminderung (Schallpegel, Luftschadstoffe und klimarelevante Gase) unter Einbeziehung aller Verkehrsträger – also einschließlich des Schienenverkehrs.
- ein Tempolimit nachts auf allen Hauptverkehrsstraßen in der Landeshauptstadt sowie den heute stark belasteten Hauptverkehrsstraßen der Umlandgemeinden (z.B. B3) in Abwägung Tempo 30, 40 oder 50, wo heute Tempo 50 oder 70 gilt.
- weitere Verbesserungen im Bereich des Nahverkehrs, insbesondere zwischen der Landeshauptstadt und den Umlandgemeinden, wo es noch keine S-Bahn oder Stadtbahnverbindungen gibt, wie zwischen Pattensen, Hemmingen und Hannover. Als Sofortmaßnahmen werden Schnellbuslinien mit hohem Takt und alternierenden Haltestellen vorgeschlagen, die die Attraktivität des Angebotes und die Bereitschaft den Nahverkehr zu nutzen, deutlich steigern.
- einen weiteren Ausbau der Vorrangschaltung für den Nahverkehr, vor allem auch in Verbindung mit der Einführung neuer Schnellbuslinien.
- Verbesserung der Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern im ÖPNV – auch in den sog. Kernzeiten (15 bis 19 Uhr) – ggf. durch Umbau der Fahrzeuge.
- Einstieg in die Elektromobilität und ihr konsequenter Ausbau bei allen städtischen Fahrzeugen und Betrieben. Anreize für private Elektrofahrzeuge, z. B. durch kostenfreies Parken in der Innenstadt.
- Ersatz aller städtischen Laubbläser durch Besen und geräuscharme manuelle Kehrmaschinen innerhalb von sechs Monaten. Verbot privater und gewerblicher Nutzung dieser extrem lauten Maschinen im öffentlichen Bereich.
- verstärkte polizeiliche Kontrolle auffällig lauter motorisierter Zweiräder und Kfz und Verhängung von Bußgeldern bei Nichteinhaltung der gesetzlichen und technischen Vorgaben zur Lärmvermeidung.
- Aufstellung eines integrierten Lärmschutzkonzepts für die Anwohner der lärmrelevanten öffentlichen Sport- und Freizeitveranstaltungen in Hannover vor jeder Veranstaltungssaison Anfang des Jahres.

Weitere Vorschläge des BUND zur Lärmreduktion sind aus der Stellungnahme des BUND auf seiner Website nachlesbar:

http://region-hannover.bund.net/themen_und_projekte/stellungnahmen/entwurf_laermaktionsplan_fuer_hannover/

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Kreisgruppe Region Hannover
Goebenstr. 3a
D-30161 Hannover

Tel.: (0511) 66 00 93
Fax.: (0511) 66 00 93
bund.hannover@bund.net